

diese[r] Anweisungen durch<sup>b</sup> Staatsnoten gedeckt werden mögen, die anstelle der infolge der Emission der Salinenscheine und Einschränkung der Notenemission der Nationalbank eingehenden Noten treten würden.<sup>16</sup>

Finanzminister Freiherr v. Holzgethan bekämpfte diesen Antrag, weil dem Geldmarkte dadurch 70 Millionen entzogen werden würden, was einem völligen Ruine gleichkomme. Nachdem schließlich auch Minister Graf Festetics die sukzessive Wiederemission der Salinenscheine empfohlen hatte, geruhte Seine Majestät die Sitzung zu schließen.

Beust

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.  
Ofen, 26. November 1870. Franz Joseph.

## Nr. 24 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 6. November 1870

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der Reichskanzler Graf Beust (o. D.), der k. k. Ministerpräsident Graf Potocki (o. D.), der Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn (o. D.), der Reichsfinanzminister v. Lónyay (20. 11.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Graf Festetics (o. D.), der k. k. Finanzminister Freiherr v. Holzgethan (17. 11.), der kgl. ung. Finanzminister v. Kerkápoly (o. D.).

Protokollführer: Sektionsrat Freiherr v. Konradshaim.

Gegenstand: Politische Mitteilung des Reichskanzlers.

KZ. 4345 – RMRZ. 90

Protokoll des zu Wien am 6. November 1870 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.<sup>1</sup>

Reichskanzler Graf Beust erbat sich das Wort zu einem Vortrage über zwei nach der gestrigen Konferenz an ihn gelangte Berichte politischer Natur, welche es vielleicht erheischen werden, den auf die militärischen Fragen bezüglichen Teil der gestrigen Besprechung wieder aufzunehmen.

Der eine rühre vom Konsul in Jassy her und enthalte die auf vertrauliche Mitteilungen basierte Meldung von Rüstungen Rußlands gegen die Türkei,<sup>2</sup> der andere sei auf telegrafischem Wege von dem Konsul in Odessa eingelangt<sup>3</sup> und si-

<sup>16</sup> GMR. v. 10. 9. 1870, RMRZ. 83.

<sup>1</sup> Über den Ministerrat siehe LUTZ, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches 351–352.

<sup>2</sup> Bericht von dem Konsul in Jassy (Rumänien): Konsul Montlong an Beust v. 2. 11. 1870, Nr. 22. HHStA., PA. XXXVIII, Karton 189.

<sup>3</sup> Telegramm von dem Konsul in Odessa (Rußland): Generalkonsul v. Cischini an Beust v. 5. 11. 1870. Ebd.

gnalisiere die vor vier Tagen hinausgegebene geheime Ordre zur Komplettierung des Friedensstandes, wodurch der Truppenstand im Gouvernement Odessa um 40 000 Mann und jener in Polen um 90 000 Mann vermehrt und der ganze Armeezustand auf 900 000 Mann gebracht werden würde. Vortragender brachte sofort beide Berichte zur Verlesung und schloß mit dem Bemerkten, daß er auf den Bericht des Konsuls in Jassy – der schon öfters blinden Lärm geschlagen habe – weniger Gewicht legen würde, wenn er diesmal nicht in dem Berichte des ruhiger beobachtenden Konsuls in Odessa einen Schein von Bestätigung finde. Insofern also nicht etwa Freiherr v. Kuhn die Bedeutung der obigen Ziffern militärisch entkräften könne, verdiene die Sache, wenn sie sich auch von anderer Seite bestätigen sollte, in der Tat reifliche Erwägung, zumal wegen der Rückwirkung, die eine Aktion Rußlands vis à vis den Donaufürstentümern auch auf unsere Politik üben müsse.

Seine Majestät der Kaiser geruhte anzudeuten, daß der Truppenstand von 900 000 Mann für ganz Rußland noch nicht abnorm sei. Es werde damit eben nur der Stand unter Kaiser Nikolaus wiederhergestellt.<sup>4</sup>

Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn bemerkte, daß die Meldung aus Odessa in der Tat auf feindselige Absichten Rußlands gegen die Türkei schließen lasse. Er sei überzeugt, daß zwischen Preußen und Rußland weitgehende Abmachungen bestehen, und wenn ersteres mit Frankreich nur erst fertig sein werde, so werde sicherlich die Frage des Pariser Vertrages von Rußland wieder angeregt und speziell die Frage des Schwarzen Meeres in den Vordergrund gestellt werden.<sup>5</sup>

Reichskanzler Graf Beust: Die Revision des Pariser Vertrages sei von Rußland schon öfters schüchtern und auch hier in Wien zur Sprache gebracht worden, aber eine große praktische Bedeutung sei ihr nicht beizumessen, denn <sup>a</sup>„eine Zustimmung“ zu einem zweiten Krimkriege werde wohl nicht mehr kommen. Wichtiger für uns sei die Frage der Donaufürstentümer.

Kurz vor Beginn des Krieges habe sich Fürst Karl in bedrängten Umständen befunden. Ein Aufstand unter Brätianu, hinter welchem Frankreich steckte und welcher auf die Verdrängung des Fürsten zielte, sei vorbereitet gewesen und nur über unsere bei Frankreich gemachten Vorstellungen nicht zum Ausbruch gebracht worden.<sup>6</sup> Tatsache sei es, daß Fürst Karls Thron auch heute noch auf schwachen Füßen stehe und daß Preußens Wunsch dahin gehe, für ihn mit Hilfe

<sup>a-a</sup> *Einfügung Beusts.*

<sup>4</sup> Nikolaus I. (1796–1855), Zar von Rußland.

<sup>5</sup> *Siehe den Friedensvertrag vom 30. 3. 1856. Spezialkonventionen. Declaration zur Regelung mehrerer Punkte des Seerechtes. § 13–15. In: AKTENSTÜCKE ZUR ORIENTALISCHEN FRAGE Bd. 2 347–354.*

<sup>6</sup> *Ion C. Brätianu (1821–1891), 1868 für kurze Zeit (Juli–September) Ministerpräsident, führende Persönlichkeit der Radikalliberalen. Vgl. BINDER-IJIMA, Die Institutionalisierung der rumänischen Monarchie unter Carol I. 1866–1881 223 ff.*

Rußlands Ordnung zu machen. Daraus ergebe sich aber die Frage der Einrückung Rußlands in die Fürstentümer und in weiterer Folge die Frage, wie wir uns gegenüber einem solchen Auftreten Rußlands verhalten sollen, da wir denn unmöglich passiv verbleiben können. Es sei dann zweierlei möglich, entweder, daß wir selbst, und zwar <sup>b</sup>gleichzeitig mit<sup>b</sup> Rußland, in die Fürstentümer einrücken, oder daß wir aus Rußlands Einrücken einen casus belli machen.

In jedem Falle müßten wir über eine angemessene Truppenmacht verfügen können. Sollten sich die eingelangten Nachrichten also bestätigen – und in wenigen Tagen müsse man Gewisses erfahren –, so verdiene es wohl nochmalige Erwägung, ob mit den gestern beschlossenen Reduktionen der Artillerie, des Fuhrwesens etc. nicht einzuhalten wäre.

**Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn:** Wenn sich die russischen Rüstungsnachrichten bestätigen, so sei es wohl besser, die Reduktion ganz bleiben zu lassen. Er habe die Reduktionsfrage ausdrücklich von der Gestattung unserer Politik abhängig gemacht und darauf hingewiesen, daß bei der Wiederaufstellung im Frühjahr die neuen Kosten sich höher belaufen würden als die Ersparung durch die Reduktion.

**Reichskanzler Graf Beust:** Die Vorbereitungen Rußlands könnten wohl auch nur für das Frühjahr gemeint sein.

**Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn:** Es könne auch schon auf eine Winterkampagne abgesehen sein. Der Winter sei in den Fürstentümern wegen der Beschaffenheit des Terrains für eine Aktion viel günstiger als Frühjahr und Herbst und selbst als der Sommer, wo die Truppen den dortigen Krankheiten mehr ausgesetzt sind als im Winter.

**Seine Majestät der Kaiser** geruhte als Zweck der heutigen Besprechung anzudeuten, daß man sich nur darüber klar werden solle, ob die gestern beschlossenen Standesreduktionen für kurze Zeit zu suspendieren wären, und wenn ja, ob die Suspendierung auch bei der Entlassung der Infanterieurlauber Platz greifen solle.

In letzterer Beziehung stellte **Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn** vor, daß die Urlauber leicht jederzeit wieder einberufen werden könnten, und geruhte daher **Seine Majestät der Kaiser** zu genehmigen, daß die Urlauberentlassung bei der Infanterie aufrechtzubleiben habe, bezüglich der Artillerie und des Fuhrwesens jedoch geruhte Seine Majestät den Ah. Beschluß dahin zu fassen, daß von der beschlossenen Standesreduktion bis auf weiteren Ah. Befehl Umgang zu nehmen sei.

**Reichsfinanzminister v. Lónyay** betonte sofort die Notwendigkeit, daß die keinen weiteren Aufschub duldende Drucklegung des außergewöhnlichen Ordinariums im Hinblick auf den nahe bevorstehenden Zusammentritt der Delegationen sofort in Angriff genommen werde. Es könne also nicht mehr gewartet werden, bis die einlangenden Nachrichten gestatten, einen neuen Beschluß im Budget ersichtlich zu machen.

<sup>b-b</sup> *Korrektur aus zeitiger als.*

Nach seiner Meinung bleibe daher nichts übrig, als das Budget ohne Rücksicht auf die durch eventuelle Reduktion der Artillerie und des Fuhrwesens sich ergebende Ersparung von 3 500 000 fl. ab[zu]schließen und das Erfordernis für diese Waffengattung in dem bisherigen vollen Betrage einzustellen und eventuell auch über den letzten Dezember d. J. in Anspruch zu nehmen. Dies hindere nicht, daß die Regierung, wenn nach den einlangenden Informationen der beschlossenen Reduktion ihr Lauf gelassen werde, das effektive Erfordernis in den Delegationen mit Hinweis auf die inzwischen geänderte Lage geringer stelle. Der äußere Rahmen des Budgets bleibe immer derselbe, und es ändern sich nur in der Votierung die Ziffern.

Vortragender erwähnte bei diesem Anlasse der Geneigtheit der ungarischen Delegierten, das für die Erhöhung der Wehrkraft Nötige mit einem Male selbst dann zu votieren, wenn die Ziffer sich auch noch höher als die jetzige Regierungsanforderung belaufen sollte, jedoch unter der Voraussetzung, daß man nicht nur halbe Maßregeln bezwecke. Er glaube daher, daß sie auf Verlangen auch die ursprünglich einzustellen beabsichtigten, dann aber in einem späteren Ministerrate wieder gestrichenen 10 000 000 fl. zur Durchführung der Divisionseinteilung votieren würden.<sup>7</sup> Es wäre daher jetzt ein günstiger Moment, um sich die dazu benötigten Mittel von den Delegationen zu erwirken.

Seine Majestät der Kaiser hatte sonach die Gnade, die Drucklegung des Extraordinariums in der vom Reichsfinanzminister beantragten Weise zu gestatten. Seine Majestät geruhte noch ferner anzudeuten, daß es bei Bestätigung der Nachrichten aus Rußland sich empfindlich rächen werde, daß bei dem Ausbau der ungarisch-galizischen Verbindungsbahnen nicht mehr Energie entwickelt wurde.

Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn berief sich auf sein wiederholtes Drängen in dieser Beziehung und bezeichnete es als wünschenswert, daß nunmehr wenigstens die Hauptstraßenzüge über Munkács, Bartfeld und Ungvár, die sich nach Aussage von Generalstabsoffizieren in höchst vernachlässigtem Stande befinden sollen, hergestellt werden. Desgleichen sei in Siebenbürgen eine Traversalstraße von der walachischen Grenze gegen Klausenburg nebst den bestehenden in der Richtung der Landesgrenze laufenden Straßen nötig.<sup>8</sup>

Minister Graf Festetics erklärte, den Gegenstand im ungarischen Ministerrate zur Sprache bringen zu wollen,<sup>9</sup> und Finanzminister

<sup>7</sup> Zur Durchführung der Divisionseinteilung wurden am GMR. v. 10. 9. 1870, RMRZ. 83 zehn Millionen fl. beantragt, aber dieser Titel wurde im GMR. v. 11. 9. 1870, RMRZ. 84 auf Bitte des k. k. Ministerpräsidenten Graf Potocki gestrichen.

<sup>8</sup> Über den rascheren Ausbau einiger Eisenbahnen siehe GMR. v. 3. 8. 1870, RMRZ. 72; GMR. v. 4. 8. 1870, RMRZ. 73. Gegenstand: III; GMR. v. 13. 8. 1870, RMRZ. 76. Gegenstand: II; GMR. v. 15. 8. 1870, RMRZ. 77. Gegenstand: III.

<sup>9</sup> Der ungarische Ministerrat behandelte in den folgenden Wochen die Angelegenheit des Baues der Nordost-Eisenbahn nicht.

v. K e r k á p o l y fügte die Bemerkung bei, daß für nächstes Jahr an Straßenbaukosten um einen Million mehr ins ungarische Budget eingestellt wurde, womit Seine Majestät die Sitzung zu schließen geruhte.

Beust

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntniss genommen.  
Ofen, 26. November 1870. Franz Joseph.

## Nr. 25 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 14. November 1870

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der Reichskanzler Graf Beust (o. D.), der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Andrassy (o. D.), der k. k. Ministerpräsident Graf Potocki (o. D.), der Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn (21. 11.), der Reichsfinanzminister v. Lónyay (27. 11.), der k. k. Minister des Innern Graf Taaffe (21. 11.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager Graf Festetics (o. D.).

Protokollführer: Sektionsrat Freiherr v. Konradsheim.

Gegenstand: I. Zusammentritt der Delegationen. II. Rußlands neueste Zirkularnote.

KZ. 4354 – RMRZ. 91

Protokoll des zu Wien am 14. November 1870 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Ah. Vorsitze Sr. Majestät des Kaisers.<sup>1</sup>

I. Seine Majestät der Kaiser geruhte die Besprechung mit dem Bedeuten einzuleiten, daß es bei den im Reichsrat eingetretenen Verzögerungen nötig sei, sich darüber klar zu werden, ob der für den 21. November d. J. bestimmte Zusammentritt der Delegationen werde eingehalten werden.<sup>2</sup>

Ministerpräsident Graf Potocki: Die Frage der Termineinhaltung sei im Adreßausschusse des Abgeordnetenhauses aufgeworfen worden, wobei sich die Führer der Verfassungspartei mit Hinweis auf die bis dahin noch nicht beendigte Adreßdebatte gegen die Einhaltung ausgesprochen hätten. Vortragender habe hierauf den Antrag gestellt, die Delegation des Reichsrates möge

<sup>1</sup> *Die Verhandlung des Ministerrates in ihren vielseitigen Zusammenhängen analysieren* DIÓ-SZEGI, Österreich-Ungarn und der französisch-preußische Krieg 1870–1871 179–194; LUTZ, Österreich-Ungarn und die Gründung des Deutschen Reiches 353–364.

<sup>2</sup> *Zwar wird am 15. September die 6. Reichsratssession eröffnet, aber die Arbeit kann nicht beginnen, weil der böhmische Landtag keine Abgeordneten in den Reichsrat entsendet. Am 8. November erscheinen bei der Notwahl (d. h., man verordnete eine direkte Reichsratswahl) die deutschen Abgeordneten Böhmens im Reichsrat. Über den ganzen Prozess siehe k. k. Ministerpräsident an Beust v. 5. 10. 1870 [1368/MP.] HHStA., PA. I, Karton 564. Delegationsakten 1870–1871; und au. Vortrag von Beust v. 10. 10. 1870 Nr. 779 wegen Einberufung der Delegationen pro 1870 nach Pest zur Beratung des gemeinsamen Budgets pro 1871. Ebd. Ah. E. 11. 10. 1870.*